

matik der SPD an. Auf dem Görlitzer Parteitag 1921 wurde ein Parteiprogramm beschlossen, das wesentliche marxistische Grundprinzipien des Erfurter Programms preisgab und die SPD auf die Theorie und Praxis des »dritten Weges« festlegte. Das 1925 verabschiedete Heidelberger Programm hatte insgesamt einen kleinbürgerlich-reformistischen

Charakter. Auf seiner Grundlage entwickelte die SPD-Führung in der Folgezeit die Theorie vom »organisierten Kapitalismus«; sie betrieb die sog. Tolerierungspolitik gegenüber der Monopolbourgeoisie. Die Führung der SPD lehnte, insbesondere am Ende der Weimarer Republik, alle Angebote der KPD zur Herstellung der —\* *Aktionseinheit* bei der Abwehr des Faschismus ab. Nachdem die reaktionärsten, chauvinistischsten und räuberischsten Kreise des Monopolkapitals ihre offene Diktatur errichtet hatten, wurde im Juni 1933 auch die SPD verboten. Während der ganzen Zeit der Weimarer Republik gab es in der SPD Kräfte, die der Politik der Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien Widerstand entgegensetzten und an einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten interessiert waren. Oppositionelle Kräfte in der SPD, die nach einem Weg des Kampfes gegen Faschismus und Reaktion suchten, jedoch nicht zu einer marxistischen Politik überzugehen vermochten und einen Weg zwischen SPD und KPD für möglich hielten, bildeten 1931 die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, die ohne größeren Einfluß blieb. In der Zeit des Faschismus, vor allem während des zweiten Weltkrieges, zerfiel die SPD in einzelne Gruppen. Der Parteivorstand löste sich 1940 in Lissabon auf, während zahlreiche sozialdemokratische Arbeiter und Funktionäre am antifaschistischen Widerstandskampf teilnahmen. Durch den Zentrallausschuß der SPD wurde im Mai 1945 begonnen,

die Partei wieder aufzubauen. Der Zentrallausschuß der SPD stimmte in seinem Aufruf vom 15. 6. 1945 dem Aktionsprogramm der KPD zu. Die aus der sozialdemokratischen Politik während der Weimarer Republik gezogenen Lehren sowie die Erfahrungen des gemeinsamen antifaschistischen Widerstandes mit den Kommunisten waren wesentliche Grundlagen für die Herstellung der Aktionseinheit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, die im Apr. 1946 in der damaligen sowjetischen Besatzungszone zur Vereinigung von KPD und SPD zur —\* *Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands* führte.

2. politische Partei in der BRD und in Westberlin, deren maßgebliche Führungskräfte die imperialistische Ordnung aktiv verteidigten. Die rechtsopportunistischen Kräfte in der SPD führten nach der Zerschlagung des Faschismus die Tolerierungspolitik gegenüber der Monopolbourgeoisie weiter. Sie spalteten sich vom Zentrallausschuß der SPD ab und gründeten 1946 in Hannover für die damaligen westlichen Besatzungszonen eine eigene Partei. Ihre politische Konzeption bestand darin, die wachsenden Bestrebungen der Sozialdemokratie in den westlichen Besatzungszonen nach Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse zu unterdrücken, antifaschistisch-demokratische Umgestaltungen zu verhindern und mit der Schürung des Antikommunismus sowie der Verbreitung der sozialreformistischen Ideologie die Kampfkraft der Arbeiterklasse zu schwächen. Diese Konzeption begünstigte die im Gefolge ihrer Niederlage im zweiten Weltkrieg geschwächte Monopolbourgeoisie und trug wesentlich zur Restauration ihrer Macht bei. Begünstigt durch die lang anhaltende kapitalistische Nachkriegskonjunktur in der BRD, durch strukturelle Veränderungen in der sozialdemokratischen Mitglied-